

Verordnung des Regierungsrates zur Chemikaliengesetzgebung des Bundes

vom 21. November 2006

§ 1

Diese Verordnung regelt den Vollzug der Chemikaliengesetzgebung des Bundes. Zweck

§ 2

¹ Der Vollzug obliegt dem Amt für Wirtschaft und Arbeit, dem Landwirtschaftsamt, dem Landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg, dem Amt für Raumplanung, dem Tiefbauamt, dem Amt für Umwelt, dem Forstamt und dem Kantonalen Laboratorium. Zuständigkeit

² Das Kantonale Laboratorium koordiniert mit den betroffenen Ämtern den Vollzug und hält die Zuständigkeiten fest.

§ 3

Die am Vollzug beteiligten Ämter sorgen für den gegenseitigen Austausch von Daten, soweit dies für den Vollzug ihrer Aufgaben erforderlich ist. Datenaustausch

§ 4

¹ Gegen Massnahmenentscheide kann innert 10 Tagen schriftlich Einsprache erhoben werden. Rechtsmittel

² Gegen den Einspracheentscheid kann innert 20 Tagen beim in der Sache zuständigen Departement Rekurs erhoben werden.

§ 5

¹ § 4 Absatz 2 der Verordnung des Regierungsrates über die öffentlichen Bäder vom 23. Mai 2000 wird aufgehoben. Aufhebung
bisherigen
Rechtes

² Die Verordnung des Regierungsrates zur Bundesgesetzgebung über den Verkehr mit Giften vom 18. Juni 1974 wird aufgehoben.

§ 6

Diese Verordnung tritt auf den 1. Januar 2007 in Kraft. Inkrafttreten